

Ein französischer Hierarch auf der Anklagebank

Von Florence Autret | 03.03.2016, 18:00



Laut der niederländischen Tageszeitung *De Telegraaf* vom 26. Februar hätte Benoît Battistelli gefordert, seinen vorzeitigen Rücktritt (er setzte sein Amt 2015 fort) gegen... 18 Millionen Euro zu versilbern, was zehn Jahresgehältern entspräche. (Rechte: DR) Die Geschäfte des Europäischen Patentamts laufen besser denn je. Aber der Unmut gegen seinen Präsidenten nimmt zu. Für seinen autoritären Führungsstil kritisiert, der Vetternwirtschaft bezichtigt, würde Benoît Battistelli gemäß der niederländischen Presse versuchen, seinen Rücktritt zu verhandeln. Am Donnerstag hat er dies bei einer Pressekonferenz in Brüssel dementiert und eine "Verleumdungskampagne" angeprangert.

Artikel veröffentlicht am Donnerstag, 3. März 2016 um 7:00 Uhr, aktualisiert um 18:00 Uhr

Am 3. März ist dieser 65-jährige ENA-Absolvent nach Brüssel gekommen, um die tadellosen Ergebnisse der Organisation zu präsentieren, die er seit sechs Jahren leitet: Die Patentanmeldungen haben im vergangenen Jahr gegenüber 2014 um 4,8% zugenommen. Das Europäische Patentamt, seit 1973 mit Sitz in München, nimmt jährlich 1,5 Milliarden Euro für die Beantragung von Patenten ein. Seine größten Kunden befinden sich in den Vereinigten Staaten (27% der Anmeldungen), in Deutschland (17%), in Japan (13%). Und China macht mit 22 % mehr Anmeldungen als 2014 Boden gut.

"Darin spiegelt sich die Internationalisierung seiner Unternehmen wider und es ist ein Zeichen des nachgeholten Wachstums", bemerkt Benoît Battistelli.

Im vergangenen Jahr hat sich die chinesische Huawei-Gruppe in die vierte Position hinter der niederländischen Firma Philips und zwei koreanischen Firmen (Samsung und LG) hochgearbeitet und liegt damit noch vor der deutschen Firma Siemens. *"Europa bleibt für die Technologien ein attraktiver Markt"*, bemerkt sein Präsident. Unter dem Strich: Die Geschäfte florieren.

Aber 'nichts geht mehr' in München!

Die Beziehungen des Präsidenten zu seinem Personal waren noch nie besonders gut. Der Franzose wird der Vetterwirtschaft bezichtigt, weil er zu seinem Kabinettschef einen alten Kollegen vom Nationalen Institut für Geistiges Eigentum (Institut national de la propriété intellectuelle – INPI) berufen hat und dessen Ehefrau zur Leiterin der Abteilung Human Resources eingesetzt wurde. Das Unbehagen innerhalb dieser 7.000 Personen umfassenden Organisation beschränkt sich nicht mehr auf Gespräche am Kaffeeautomaten. Die Fakten lassen sich nicht leugnen: *Burnouts*, Selbstmorde am Arbeitsplatz, zahlreiche Verwaltungsstreitverfahren gegen die Personalvertreter.

Nach dem Weggang von zwei Gewerkschaftsvertretern versammelten sich im Januar Tausende EPA-Mitarbeiter vor... dem französischen Konsulat und verlangten den Rücktritt des "Franzosen". *"Es wird immer schwieriger"*, erklärt Pierre-Yves Le Borgn'. Der sozialistische Abgeordnete für die Franzosen im Ausland, der die Qualen innerhalb des EPA seit mehr als zwei Jahren anspricht, wurde Ende Dezember von Emmanuel Macron, dem Wirtschaftsminister, empfangen. In Paris habe man ihm versichert, *"keinen fünften Suizid abzuwarten..."*, bevor gehandelt würde. In Bercy gibt es jedoch *"keinen Kommentar"*. Eine Gewerkschaftsquelle äußerte gegenüber *La Tribune* am Donnerstag, sie zähle nicht vier, sondern fünf Suizide, bei denen eine Verbindung zwischen der Arbeit und der Durchführung der Handlung bestünde, und versicherte, dass das im Wesentlichen aus Ingenieuren und Juristen bestehende Personal "paradoxen Zwängen" zwischen einer sehr kopflastigen Arbeit und den Leistungsanforderungen ausgesetzt sei.

In Deutschland, wie auch in den Niederlanden, in denen das Amt 2700 Personen am Standort Rijswijk nahe Den Haag beschäftigt, erscheint der Präsident Battistelli regelmäßig auf der Titelseite der Medien. Am 2. März [sendete das bayerische Fernsehen eine Reportage über den "Alptraum" eines der Münchener Selbstmorde.](#)

"Die Suizide sind persönliche Tragödien. Es ist schwierig, zu versuchen, einen Grund für eine solche Entscheidung zu nennen", kommentierte der Präsident des Amts am Donnerstag. Laut der niederländischen Tageszeitung *De Telegraaf* vom 26. Februar hätte Benoît Battistelli gefordert, seinen vorzeitigen Rücktritt (er setzte sein Amt 2015 fort) gegen... 18 Millionen Euro zu versilbern, was zehn Jahresgehältern entspräche.

"Wir nehmen zu den Gerüchten keine Stellung", erklärte am Mittwoch *La Tribune*, das Sprachrohr des EPA, das zu dem immer größer werdenden Kreis der Organisationen gehört, die das Gehalt ihrer Führungskräfte nicht mehr veröffentlichen... Als Antwort auf eine Frage von *La Tribune* versicherte der Präsident, dass sein Jahresgehalt, welches nicht offiziell veröffentlicht wird, "300.000 Euro" pro Jahr betrage. Die Informationen über seinen Rücktritt und diese Vergütung, die durch *De Telegraaf* veröffentlicht wurden, seien "völlig ohne Grundlage", versicherte er. Diese 18 Millionen entsprächen der Gratifikation, die 2015 an einen Teil des Personals aufgrund von Leistungsindikatoren ausgeschüttet wurde. "Dies ist eine politische Kampagne" und eine "Verleumdungskampagne", erklärte Präsident Battistelli, der im Übrigen auf einer den Republikanern nahestehenden Liste in den Stadtrat Saint-Germain en Laye gewählt wurde.

Für Pierre-Yves Le Borgn' spiegelt die soziale Krise lediglich eine Krise der Amtsleitung wider. Innerhalb des Verwaltungsrats ist die Regel "ein Land, eine Stimme" maßgebend. *"Damit kann man Schweigen aufbauen"*, durch Vereinigung der Koalitionen kleiner Länder, erklärt der Abgeordnete. *Es wäre zu begrüßen, dass die Mitgliedsstaaten das Kommando wieder übernehmen würden"*, indem sie eine ministerielle Konferenz einberiefen, was seit

fünfzehn Jahren nicht geschehen sei, sagt er. Ein Land, eine Stimme: "Dies ist die Grundregel internationaler Organisationen", entgegnet der Präsident des EPA. "Wenn die Mitgliedsstaaten dies ändern möchten, habe ich nichts dagegen... sondern ich wünsche ihnen viel Erfolg", sagt er. Das EPA, welches 38 Länder in sich vereinigt, ist tatsächlich keine Institution der Europäischen Union, wo der Einfluss der Staaten entsprechend ihrer Größe gewichtet wird. Was bleibt, ist, dass ab 2017 das "Einheitspatent" erteilt wird, eine Urheberrechtsurkunde, die vom europäischen Gesetzgeber ins Leben gerufen wurde.

Die nächste Sitzung des Verwaltungsrats, die für den 16. März vorgesehen ist, scheint unruhig zu werden. Der Aufstand hat den Dienst quittiert, um die Vertreter der 38 Mitgliedsstaaten der Organisation zu gewinnen. In einem kürzlichen Schreiben an seine Kollegen in der Europäischen Union kündigt eines ihrer Mitglieder, der Generaldirektor des dänischen Patentamts, Jesper Kongstad, die Einbringung eines Antrags an, der die unabhängige Überprüfung der Organisation und die Einstellung der Verwaltungsstreitverfahren gegen die Personalvertreter fordert. Die Leitung des EPA versichert, dass der Wortlaut des Dokuments, welches dem Verwaltungsrat vorgelegt wird, "*erheblich abgemildert*" sein wird. Der Präsident hat bereits die Einberufung einer "Sozialkonferenz" im Herbst und die Lancierung einer Ausschreibung zur Einstellung eines "unabhängigen Experten", der mit der Klärung der sozialen Situation beauftragt wird, angekündigt. Am 4. März sollte er Martijn Van Dam in Den Haag treffen. Der Staatssekretär für Wirtschaftsfragen in den Niederlanden zeigte sich über die soziale Situation am Standort Rijswijk betroffen. "Die Niederlande sind ein Land, das von der Aktivität des EPA am meisten profitiert, sowohl als Arbeitgeber als auch hinsichtlich der Zahl der von seinen Unternehmen eingereichten Titel", erwiderte sein Präsident am Donnerstag. Die Niederlande stehen an fünfter Stelle der Organisation in Bezug auf Patentanmeldungen und Philips nimmt im Ranking der Unternehmen den ersten Platz ein. Wird fortgesetzt.